Dokumentation

Verleihung des Hessischen Friedenspreises 1999 an Senator George J. Mitchell

HSFK-STANDPUNKTE 6/7 1999

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Am 10.6.1999 wurde Senator George J. Mitchell (Washington, D.C.) im Wiesbadener Hessischen Landtag der 6. Hessische Friedenspreis der Albert-Osswald-Stiftung verliehen. Im folgenden dokumentieren wir die Reden (in der Reihenfolge in der sie gehalten wurden) des Präsidenten des Hessischen Landtags Klaus-Peter Möller, des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, des Vorsitzenden des Kuratoriums Hessischer Friedenspreis Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel, des Laudators Bundesaußenminister a.D. Klaus Kinkel und die Rede des Preisträgers.

Landtagspräsident Klaus-Peter Möller

Es gibt viele Regionen auf der Welt, die einen Menschen mit dem Können und der Überzeugungskraft Mitchells verdient hätten

Zum sechsten Mal verleihen wir heute im Hessischen Landtag den "*Hessischen Friedenspreis*". Er geht zurück auf eine Initiative des früheren Hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald, der am 16. Mai dieses Jahres 80 Jahre alt geworden wäre. Albert Osswald ist im August 1996 verstorben, ein Jahr später folgte ihm seine Frau, Margarete Osswald. Beide hinterließen eine spürbare Lücke im politischen und gesellschaftlichen Leben unseres Landes. Ihnen verdanken wir nicht zuletzt die Möglichkeit, den Hessischen Friedenspreis, der mit 50.000,-- DM dotiert ist, jährlich zu vergeben. Dies wird immer in dankbarer Erinnerung an das Stifterpaar geschehen. Ihr Engagement im Vorstand der Albert-Osswald-Stiftung wird von ihrem Neffen, Herrn Gerhard Osswald, fortgesetzt, den ich bei dieser Gelegenheit begrüße und für die Bereitschaft dazu danke. Sie sehen, in den Stiftungen, die wir errichten, leben wir weiter und können wir noch nach dem Tode Gutes tun. Möge dies ein Ansporn für andere sein.

Ebenfalls einer Initiative Albert Osswalds ist die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt zu verdanken, die gemeinsam mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg im "Kuratorium Hessischer Friedenspreis" vertreten ist. Deshalb ist der "Hessische Friedenspreis" auch keine rein hessische Auszeichnung. Die hessischen Mitglieder des Kuratoriums werden vielmehr beraten durch international anerkannte Wissenschaftler. Der Preis ist Ausdruck des Bemühens aller Deutschen um Frieden und Völkerverständigung. Er steht für die Überzeugung, dass gerade wir Deutschen vor Kriegen und kriegerischen Konflikten, wo immer sie stattfinden, nicht die Augen verschließen dürfen. Unermüdliches Engagement für den Frieden ist bleibende Verpflichtung für uns. Die Würdigung derjenigen, die dies nicht nur in vorderster Front, sondern oft auch im Hintergrund tun, ist der geringste Beitrag, den unser Volk, das nach Kriegen und Diktaturen seit einem halben Jahrhundert in Frieden und Freiheit lebt, leisten kann und leisten muss.

Die diesjährige Verleihung des "*Hessischen Friedenspreises*" fällt in eine Zeit, in der wir die Bilder von Flucht und Vertreibung im Kosovo und eines Krieges mitten in Europa deutlicher und peinigender als je vor Augen haben. Belgrads Zustimmung zum Friedensplan und die gestrige Unterzeichnung des Truppenrückzugsabkommens erfolgten mehr als zwei Monate zu spät, und Freude darüber mag noch nicht so richtig aufkommen: Nachdem die militärische Auseinandersetzung hoffentlich ein Ende hat, gilt es nun, die richtigen Weichen für einen dauerhaften Frieden in einer krisengeschüttelten Region zu stellen, die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen, aus der "Diktatur" in Jugoslawien auf friedlichem Wege eine Demokratie zu machen und schließlich das Land wieder aufzubauen. Es wäre nicht so weit gekommen, wenn Jugoslawiens Präsident Milosevic bei den Verhandlungen in Rambouillet Einsicht gezeigt hätte. Vielleicht wäre es auch niemals zu einem Einsatz der NATO gekommen, wenn die Europäische Union in den Krisen und Kriegen auf dem Balkan von Anfang an mit einer Stimme gesprochen hätte.

Kriege sind immer schnell entfacht, für einen dauerhaften Frieden braucht man sehr viel länger. Das war auch die Erfahrung des Preisträgers des "*Hessischen Friedenspreises*" von 1997, des ehemaligen Bremer Bürgermeisters, späteren EU-Administrators in Mostar und heutigen Bosnien-Beauftragten der

Bundesregierung, *Hans Koschnick*. Aber auch *John Hume*, dem 1995 an dieser Stelle für seine Vermittlungsbemühungen zwischen der IRA und der britischen Regierung der Hessische Friedenspreis verliehen wurde, hat erfahren, dass viele kleine Schritte notwendig sind, wenn man ein großes Ziel, die Beilegung eines jahrzehntelangen Konflikts erreichen will. *John Hume* und *David Trimble*, die gemeinsam den Friedensnobelpreis erhalten haben, *Gerry Adams* und weitere irische und britische Politiker waren die Schlüsselfiguren, mit denen Sie, verehrter Herr *Senator Mitchell*, die Verhandlungen in Nordirland geführt haben, als deren Ergebnis am 10. April 1998 das so genannte "Good Friday Agreement" zustande kam. Als Sie am Karfreitag 1998 darüber informiert wurden, dass die Protestanten und Katholiken in Nordirland und die Regierungen der Republik Irland und des Vereinigten Königreiches das Abkommen unterzeichnen würden, lagen zwei Jahre harten Vermittlungsbemühens hinter Ihnen. Wir alle haben die Bilder der abschließenden Verhandlungstage in ihrer dramatischen Intensität noch vor Augen und erinnern uns an die Nachrichten über die Interventionen von *Tony Blair* und *Bertie Ahern* oder die nächtlichen Telefonanrufe von *Bill Clinton*. Am Ende stand eine Einigung, mit der die Zukunft Nordirlands auf die Bahn zu einem dauerhaften Frieden gesetzt wurde. Dies geschah auf der Grundlage der durch den "Mitchell-Report" vorgegebenen Verhandlungsstruktur und unter der Berücksichtigung der "Mitchell-Prinzipien". Maßgebend für den Erfolg war bis zuletzt, Herr *Senator Mitchell*, Ihr unermüdlicher Einsatz und die Überzeugung, dass es möglich sein muss, auch dann verschiedene Parteien an einen Tisch zu bekommen, wenn ihre Gegensätze tief in der Geschichte verwurzelt sind.

"Here the United States had sent one of its most able, skilled, talented, humble politicians, a supreme diplomat - and we, frankly, didn't deserve him."

Mit diesen Worten würdigte der Vorsitzende der nordirischen "Alliance Party", *John Allerdice*, Ihren Erfolg bei den Friedensverhandlungen. Ich will es anders ausdrücken: Es gibt viele Regionen auf der Welt, die einen Menschn mit Ihrem Können, Ihrer Grundüberzeugung und Überzeugungskraft und Ihrem Einsatzwillen durchaus verdient hätten, allein weil sie ihn dringend brauchen. Als Sie, Herr *Senator Mitchell*, am 10. April 1998 das Abkommen von Belfast verkündeten, sagten Sie:

„This agreement proves that democracy works, and in its wake we can say to the men of violence, to those who disdain democracy (...): Your way is not the right way!"

Ich meine, dieser Satz hat überall Gültigkeit, überall dort, wo Demokratie mit Füßen getreten wird, wo Menschenrechte missachtet werden und Gewalt ein alltägliches Mittel der Auseinandersetzung ist. Der "*Hessische Friedenspreis*" ehrt diejenigen, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und dort, wohin sie berufen werden, dem entgegen stellen, die auf die Kraft der Worte setzen und unbeirrt nach einer friedlichen und friedenschaffenden Lösung suchen. Sie, Herr *Senator Mitchell*, waren darin sehr erfolgreich und haben auf jegliche Anerkennung Ihrer Erfolge verzichtet. Ich bitte Sie dennoch, den "*Hessischen Friedenspreis*" als ein Zeichen unserer Anerkennung anzunehmen - unserer Anerkennung für Ihre Leistung zu Gunsten der Menschen in Nordirland und für ein Europa des Friedens.

Ministerpräsident Roland Koch

Mitchells Handeln zeigt, daß es durchaus auf den einzelnen Menschen ankommt, der mit Ausstrahlung, Durchsetzungskraft und der Kunst der stillen Diplomatie die Dinge zum Guten bewegen kann

Ich darf Sie auch im Namen der Hessischen Landesregierung, sehr geehrter Herr Senator Mitchell, als den sechsten zukünftigen Träger des Hessischen Friedenspreises auf das Allerherzlichste in der Landeshauptstadt Wiesbaden begrüßen.

In diesen Wochen mußte das atlantische Militärbündnis Krieg gegen Serbien führen, um die schrecklichen Verbrechen der dortigen Machthaber gegen die Menschlichkeit, begangen an den Menschen im Kosovo zu stoppen. Wir hoffen jetzt auf die Erfüllung der G-8-Forderungen und darauf, daß die vertriebenen Kosovaren möglichst bald in ihre Heimat zurückgehen können. Aber schon jetzt müssen wir

über die Lehren und Konsequenzen nachdenken, die die Europäische Union aus diesem Krieg zu ziehen hat. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen.

Angesichts dieses erschütternden Krieges, der auch Folge eines fatalen Defizits eines europäischen Konfliktmanagements war, finden wir Freude und Ermutigung darin, daß die Jury den diesjährigen Preis Ihnen, sehr geehrter Mr. Mitchell, zuerkannt hat.

Sie erhalten den Hessischen Friedenspreis als überzeugender Vermittler und Friedensstifter. Das verbindet sie mit anderen klug gewählten Trägern des Preises, der übrigens 1995 dem Iren Dr. John Hume für sein Streben nach Abbau der Gewalt und nach Aussöhnung zwischen Protestanten und Katholiken in Nordirland verliehen wurde.

Sie, Mr. Mitchell, wurden als besonderer Kenner des Konfliktes 1996 von der britischen und der nordirischen Regierung gerufen, den Vorsitz der Friedensgespräche zu übernehmen. Und in nur zwei Jahren haben Sie es mit Ihrer Mission tatsächlich geschafft, den Konflikt in einen Friedensprozeß zu transformieren. Sie haben damit zunächst einmal ein großes menschliches Beispiel für unermüdlichen Einsatz und unerschütterlichen Glauben an friedliche Lösungen gegeben. Ihr Handeln zeigt, daß es durchaus auf den einzelnen Menschen ankommt, der mit Ausstrahlung, Durchsetzungskraft und der Kunst der stillen Diplomatie die Dinge zum Guten bewegen kann. Und Sie haben im Verein mit anderen eine geniale Verhandlungsstruktur entwickelt, die letztlich die Gegensätze der Konfliktparteien überwand, die Widersprüche vereinte und am Karfreitag 1998 nach 30 Jahren blutiger Auseinandersetzungen in einem Friedensabkommen mündete. In einem Referendum wurde das Abkommen am 20. Mai 1998 mit großer Mehrheit von der Bevölkerung angenommen.

Es ist wohl kein Zufall, daß mit Ihnen, Mr. Mitchell, ein US-Amerikaner zu Hilfe gerufen wurde, um ein europäisches Problem zu lösen. So war es in Nordirland, so war es 1995 in Bosnien. Und der Krieg mit Serbien hat uns nun vollends in aller Schärfe vor Augen geführt, daß es heute in Europa noch an handlungsfähiger präventiver Friedenspolitik, an tauglichen Konzepten, Strukturen und Instrumenten einer gemeinsamen europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik schmerzlich mangelt. Die Stabilität des europäisch-amerikanischen Verhältnisses ist eine der wichtigsten Garantien für Frieden und Wohlstand in Europa und in der Welt. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes muß diese Sicherheitspartnerschaft freilich auf ein breiteres Fundament gestellt werden. Doch da hat Europa noch eine Voraussetzung zu erfüllen: Die Architektur des gemeinsamen Hauses Europa bedarf noch der tragenden Säule einer handlungsfähigen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

In diesem Jahrhundert mit zwei Weltkriegen, unbegreifbarer Barbarei und zivilisatorischen Katastrophen haben die Menschen auf diesem Kontinent sich von Faschismus und kommunistischer Herrschaft befreit. In Jugoslawien erleben wir das Aufbäumen des alten noch virulenten nationalistischen Gespenstes, dem Europa seiner Selbsterhaltung und Glaubwürdigkeit willen Einhalt gebieten muß.

Wir erleben heute, daß Konflikte, seien sie ideologisch, religiös, ethnisch, wirtschaftlich oder sozial motiviert, sich von der internationalen auf die nationale Ebene verlagert haben. Konflikte wie in Nordirland oder dem ehemaligen Jugoslawien werden weltweit nicht die letzten sein, die aufflammen werden, das ist gewiß.

Friedensforscher wie Prof. Czempiel weisen uns darauf hin, daß in den modernen Gesellschaften Europas der Krieg gottlob keine identitätsstiftende Funktion mehr hat. Nein, heute sind es die friedlichen und friedenserhaltenden Bündnisse, die Sinn und Ziele begründen. Das gemeinsame Europa ist eine stabile Staaten- und Wertegemeinschaft geworden, in der die Wahrung der Menschenrechte den 1. Rang einnimmt und die sich zum obersten Ziel ein gewaltfreies und friedliches Miteinander mit den Partnern, den Nachbarn und der Weltgemeinschaft gesetzt hat. In Konsequenz dessen - und das beinhaltet Vermeidungsstratgien potentieller zukünftiger Konflikte - steht Europa jetzt vor zwei epochalen Herausforderungen: die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa und gleichzeitig die Reform der Europäischen Union selbst. Das Europa der Zukunft muß seine eigene Sicherheitsarchitektur bauen, muß außen- und sicherheitspolitisch in die Lage versetzt werden zu einer eigenständigen, handlungsfähigen Friedenspolitik und einem aktiven Konfliktmanagement. Ich begrüße die Entwicklung der letzten Jahre, die seit Maastrich 1992 angelegt und deren Möglichkeiten durch den Amsterdamer Vertrag noch erweitert wurden. Europa hat große Chancen. Jetzt gilt es, sie zu nutzen!

Es ist kein Pathos, wenn ich sage: Die Helden einer modernen, aufgeklärten und zivilisierten Zeit sind Friedensstifter wie Senator Mitchell. Und es ist vornehme und wohlverstandene Aufgabe des Hessischen Friedenspreises, sie in ihrer Geisteshaltung und ihrem Handeln als Vorbild zu ehren und zu bestärken. Denn ihr Wirken kann helfen, eine Kultur der präventiven gewaltlosen Konfliktvorbeugung zu begründen. Konfliktvorbeugung heißt, verbindliche Regeln und vertrauensbildende Maßnahmen zu entwickeln, die Konflikte im Vorfeld so dämpfen, daß sie gar nicht erst in Haß und Gewalt umschlagen können.

Eine solche Kultur der Konfliktprävention in Europa zu entwickeln und dauerhaft zu verankern, ist die anstehende Aufgabe. Ich beziehe mich noch einmal auf Prof. Czempiel, der bei der Preisverleihung 1997 an Hans Koschnick für dessen Einsatz in Bosnien-Herzegowina darauf hingewiesen hat, daß präventive Friedenspolitik nach dem Tode Titos 1980 Krieg und Bürgerkrieg auf dem Balkan hätte verhindern können. Das mag man heute nach Rambouillet angesichts unberechenbarer und verhandlungsunwilliger Mordbrenner und Diktatoren bezweifeln. Doch das zivilisierte und demokratische Europa wird am Ende dieses Millenniums, davon bin ich überzeugt, für das nächste Jahrhundert ein feines Instrumentarium einer vorbeugenden Kriegs- und Konfliktvermeidung entwickeln müssen, wenn es bestehen und seine Ziele glaubhaft durchsetzen will. Dabei werden auch die Ideen, Strategien und Erfahrungen wie die des Friedensstifters Mitchell von großem Nutzen sein.

Auch der Frieden in Nordirland ist noch nicht perfekt. Heute stagniert die Umsetzung des Friedensprozesses. Zwar wird die Waffenruhe eingehalten, aber die IRA weigert sich noch, die Waffen abzulegen. Doch ich denke, es gibt ausreichend Grund zur Hoffnung, daß die eingeschlagene Entwicklung unumkehrbar ist.

Ihr Werk, sehr geehrter Mr. Mitchell, ist nicht nur von aktueller Bedeutung, sondern es weist auch wertebildend in die Zukunft.

Ich beglückwünsche Sie und ich danke Ihnen.

Prof. Dr. Ernst- Otto Czempiel

Vorsitzender des Kuratoriums Hessischer Friedenspreis

Der Krieg, so scheint es, ist aus dem internationalen System aus- und in die Staaten eingewandert, aber auch der zwischenstaatliche Krieg könnte wiederkommen.

Das Kuratorium Hessischer Friedenspreis der Albert Osswald-Stiftung hat sich sehr schnell und einstimmig auf Senator George J. Mitchell als Träger des Hessischen Friedenspreises 1999 geeinigt. Auch der Konsens in der Öffentlichkeit war diesmal groß und einhellig. Dies lag sowohl an der Bedeutung des Nordirland-Konflikts für Europa im Jahre 1998, wie vor allem an der Person des Preisträgers. George J. Mitchell entspricht in geradezu idealerweise den Kriterien, nach denen der Hessische Friedenspreis der Albert Osswald-Stiftung vergeben wird: Er ist ein Privatmann, der sich für eine große Aufgabe engagieren lässt und nach deren erfolgreicher Erledigung in das Privatleben zurückkehrt.

Die Umsetzung des Belfaster Abkommens vom Karfreitag 1998 erwies sich wiederum als schwierig. Schon am 10. März 1999 sollte eine Regierung in Belfast gebildet werden; Premierminister Blair hat sie jetzt bis zum 30. Juni dieses Jahres verlängert.

Es war tragisch, dass wir, bevor wir die friedliche Beendigung eines dreißigjährigen Bürgerkrieges heute feiern, Zeugen geworden sind bei dem Versuch, einen ebenfalls sehr alten Bürgerkrieg mit einer gewaltsamen Intervention von außen zu beenden. Der Konflikt um Nordirland und der um das Kosovo sind gewiss in vielen Punkten unvergleichbar. Sie gleichen sich aber in der Ursache: Unvereinbare Ansprüche zweier Volksgruppen um die Herrschaft in dem von ihnen bewohnten Land

Zusammen mit der Zugangssicherung zu den Rohstoffen dieser Welt haben wir hier die beiden wichtigsten verbliebenen Gewaltursachen vor uns. Ihnen verdanken sich auch die Kriege in Schwarzafrika, die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten.

Der Krieg ist, so scheint es, aus dem internationalen System aus- und in die Staaten eingewandert. Aber der Schein könnte trügen, auch der zwischenstaatliche Krieg könnte wiederkommen. Es ist höchste Aufmerksamkeit geboten, wenn seine Rückkehr verhindert werden soll. Zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg lagen knapp zwanzig Jahre, zwischen 1945 und dem Beginn des Ost-West-Konflikts nur drei Jahre. Die Tatsache allein, dass seit dem Zusammenbruch des Ost-West-Konflikts nun schon zehn Jahre vergangen sind, gibt also keinen Anlass zur Beruhigung. Der Krieg im Irak wird täglich weitergeführt, der um Kaschmir nimmt einen neuen Aufschwung. Die Ausmaße, die der Konflikt um das Kosovo annehmen kann, liegen noch weit im Dunkel der Zukunft.

Um so heller erscheint die Friedenstat, die wir heute preisen. Im vorigen Jahr haben wir den Hessischen Friedenspreis an den russischen General Alexander Lebed dafür vergeben, dass er den Tschetschien-Krieg, einen Sezessionskrieg, einer friedlichen Beendigung zugeführt hat. Heute feiern wir den amerikanischen Senator George J. Mitchell, weil er den Nordirland-Konflikt befriedet hat. Ich freue mich zusätzlich darüber, dass heute der Krieg der NATO gegen Jugoslawien zu Ende geht. An diesem 10. Juni 1999 kann der Friede einen Doppelsieg feiern.

Bundesminister a. D. Dr. Klaus Kinkel, MdB

In einem von tiefen Misstrauen und wechselseitigen Verdächtigungen beherrschten Klima war er die unaufgeregte Stimme der Vernunft

Klaus Dieter Frankenberger schrieb am 8. April 1998 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter der Überschrift "Stimme der Vernunft" über den heute zu Ehrenden:

"Als George Mitchell seinen Entwurf für eine Friedensregelung für Nordirland vorlegte, lagen mehr als zwanzig Monate zäher, vielfach enttäuschender und vom Störfeuer des Terrors begleiteter Verhandlungen hinter ihm, aber einige wenige "historische Tage intensivster Diskussionen" vor ihm und den streitenden Parteien der Protestanten und Katholiken, der probritischen Unionisten und der irischen Nationalisten. Sollte es zu einer Einigung kommen, dann schlüge die von Gewalt, Unterdrükkung und Benachteiligung durchfurchte Geschichte der Iren ein hoffnungsvolles Kapitel auf. Es krönte auch die Lebensleistung des Amerikaners im Dienst für ein Gemeinwesen, das über die geographischen Grenzen seines Landes weit hinausreichte."

Es kam zu der Einigung.

Weiter bei Frankenberger: "Mitchell, Freund von Edmund Muskie und Edward Kennedy, hatte im Januar 1995 den Senat in Washington nach vierzehn Jahren verlassen, aus eigenem Antrieb und nicht etwa deswegen, weil es die Wähler seines Heimatstaates Maine so gewollt hätten. Der Jurist, der fünf Jahre lang Führer der demokratischen Mehrheitsfraktion war, hatte von der Politik genug."

Er war einer der mächtigsten Männer Washingtons, Chef und Regisseur der Demokraten im Kongreß. So habe ich ihn auch als deutschen Außenminister erlebt.

Das Angebot Clintons, Verfassungsrichter zu werden, lehnte er noch ab; aber der zweiten Bitte des Präsidenten, der sich von einem verstärkten amerikanischen Engagement im Nordirland-Konflikt vielfachen Nutzen versprach, versagte er sich nicht. Bei der Organisation einer Handels- und Investitionskonferenz nach der Verkündung des ersten Waffenstillstands seitens der IRA und ein paar Flügen nach Belfast blieb es allerdings nicht: Erst half er mit, den Besuch Clintons im Spätherbst des Jahres 1995 in Nordirland zu organisieren; dann wurde er von den Regierungen in London und Dublin damit beauftragt, Vorschläge für die Ausmusterung der Waffen der Terrororganisationen zu erarbeiten, für einen Konfliktstoff somit, der den keimenden Friedensprozeß zu erdrücken drohte. Und alsbald fand sich Mitchell wirklich mitten in der nordirischen Politik wieder: als Vorsitzender der Allparteiengespräche über einen Frieden für Ulster.

Nicht alle Parteien Nordirlands waren von seiner Berufung angetan: Während die katholisch-nationalistischen Parteien in dem katholischen Amerikaner irischer Herkunft einen natürlichen Verbündeten wähnten, stieß er bei den protestantisch-unionistischen Parteien aus denselben Gründen auf

Vorbehalte, zuweilen auf Ablehnung. Mitchell bewahrte sich eine auf seine Vergangenheit als Richter zurückgehende Überparteilichkeit, die seiner Aufgabe als Vermittler zugute kam.

In einem von tiefem Mißtrauen und wechselseitigen Verdächtigungen beherrschten Klima war er die unaufgeregte Stimme der Vernunft. Auch seine anfänglichen Kritiker mußten zugestehen, daß Mitchell die Verhandlungen mit jener Fairneß, Geduld und Beharrlichkeit leitete, die er einst in Washington während der Untersuchung in der Iran-Contra-Affäre vorgeführt hatte. Hätte er damals gewußt, worauf er sich einlassen würde, so hatte Mitchell vor einiger Zeit einem Reporter anvertraut, er hätte es vermutlich dreimal überlegt, ob er den Verhandlungsvorsitz übernehmen sollte.

Die Verleihung des Friedenspreises kann nur dem zuteil werden, der zum Frieden beigetragen hat.

Immanuel Kant hat zu Recht gesagt: Frieden unter den Menschen ist kein Naturzustand, Frieden muß gestiftet werden.

Wir müssen es im Kosovo gerade erst wieder schmerzlich erfahren. Frieden muß immer wieder gesichert, verteidigt oder neu geschaffen werden. Die bisherigen Preisträger des Hessischen Friedenspreises haben sich in dieser Weise ausgezeichnet. Sie alle haben sich in den Dienst des Friedens gestellt. Frieden wollen, denken, schaffen heißt, an Unglaubliches doch zu glauben, und scheinbar Unerreichbares doch zu erreichen.

Das gilt auch für Senator George Mitchell, dem heute der Hessische Friedenspreis 1999 überreicht wird.

George Mitchell wurde vom Freund Nordirlands zum Experten und vom Experten zum ehrlichen Makler eines Friedensprozesses, den die Region so dringend brauchte. Auf was er sich dabei eingelassen hat, kann nur beurteilen, wer um die Geschichte Nordirlands weiß. Diese Geschichte verhinderte eine dauerhafte Friedensordnung über Hunderte von Jahren. Die Anfänge des Konflikts um Ulster reichen zurück bis ins Mittelalter. Seit dieser Zeit war die Geschichte Irlands auch die Geschichte des britischen Einflusses im Nachbarland. Und seit dieser Zeit gibt es auch die Geschichte der irischen Gegenwehr. Die Aufstände und ihre Niederschlagungen waren so grausam, daß nachfolgende Generationen in ihrem Haß bestärkt wurden. Dabei hatte keine Seite ein Monopol auf Grausamkeit. So wurde aus der Geschichte ein Teufelskreis, in dem Mißtrauen zu Haß, Haß zu Gewalt und Gewalt wiederum zu vertieftem Mißtrauen führen. In Nordirland erzählen beide Seiten diese Geschichte so verschieden, daß der unvoreingenommene Zuhörer nur an den Ortsnamen erkennen kann, daß es sich tatsächlich um dieselbe Geschichte handeln soll.

Senator Mitchell beschreibt in seinem Buch über den Friedensprozeß, wie zunächst der radikale Protestant Paisley und dann der Sinn Fein-Vorsitzende Adams nacheinander von Präsident Clinton empfangen wurden und ihre jeweiligen Versionen der Geschichte darlegten. Clinton kam überhaupt nicht zu Wort, wie beide ihn mit einem Redeschwall übergossen, um ihre Sicht der Dinge darzulegen. Dabei waren ihre Interpretationen so radikal unterschiedlich wie die politischen Gegensätze zwischen probritischen Loyalisten und den pro-irischen Republikanern zu Beginn des Friedensprozesses.

Zu Beginn des Friedensprozesses stand ein Versprechen: Jede der an den Gesprächen teilnehmenden Parteien mußte öffentlich zusichern, bestimmte Prinzipien einzuhalten. Die Kernforderungen waren der Respekt für demokratische, gewaltfreie Konfliktlösung, die Achtung vor geschlossenen Abkommen und die Verpflichtung, die Entwaffnung der paramilitärischen Einheiten voranzutreiben und überprüfen zu lassen. Auf diesen Zusagen ruhte der gesamte Prozeß. Daß man sie die "Mitchell-Prinzipien" nennt, bezeugt die absolut zentrale Rolle von George Mitchell. Mit der Annahme der Prinzipien war zwar die Voraussetzung für Gespräche geschaffen, die eigentlichen Verhandlungen mußten aber erst noch beginnen. Von Anfang an waren sie überfrachtet mit Hindernissen und Stolpersteinen. Ich will hier nur zwei davon kurz ansprechen; die zeigen, wie innovativ und beharrlich der Senator an die Probleme heranging.

Als die Arbeit begann, war das Hauptproblem die Entwaffnung der Terrorgruppen. Die britische Regierung bestand auf zumindest teilweiser Entwaffnung vor Beginn der Verhandlungen, die Sinn Fein sah sie bestenfalls als mögliches Ergebnis der Gespräche. Keine Seite war bereit nachzugeben, der Prozeß drohte bereits im Vorfeld zu scheitern. An diesem Punkt entwickelte Senator Mitchell das Konzept der "parallelen Entwaffnung." Wenn "vorher" und "nachher" nicht akzeptabel waren, dann

sollte im Verlauf der Verhandlungen entwaffnet werden. Denn seiner Ansicht nach handelte es sich bei der Forderung nach vorheriger teilweiser Entwaffnung um eine Frage der politischen Symbolik und nicht um eine Frage der Sicherheit. Schließlich konnte jede abgegebene Waffe sofort ersetzt werden, das war klar. Die Logik dieser Idee war zwingend, und so konnten die Verhandlungen dann doch beginnen.

Das zweite große Problem war die Frage der gemeinsamen Einrichtungen. Wenn es zu pragmatischen Lösungen für die Menschen in Nord- und Südirland kommen sollte, dann mußten Institutionen eingerichtet werden, die sich mit diesen Fragen befaßten. Woher sie aber ihre demokratische Legitimation erhalten sollten, war eine der Fragen, die nicht pragmatisch, sondern nur politisch gelöst werden konnten. Daß dies gelang, ist eine politische Meisterleistung, die den gerechten Interessenausgleich im Dienste des Friedens höher bewertete als die Vorurteile und Befürchtungen der Vergangenheit.

Es zeigt die ganze Bedeutung des Friedensprozesses für die Regierungen in Dublin und London, daß beide Länder bereit waren, sogar ihr Verfassungsrecht zu ändern, damit diese Probleme gelöst werden konnten. Inzwischen gibt es eine eigene Nordirlandversammlung mit 108 gewählten Mitgliedern, es gibt einen Nord-Süd-Ministerrat, es gibt außerdem einen "Rat der Inseln" mit Vertretern der Parlamente aus allen Teilen des Vereinigten Königreiches und der Republik Irland. Sogar eine Exekutive für Nordirland wurde bestimmt. Allerdings konnte sie ihre Arbeit noch nicht aufnehmen, wegen eines altbekannten Problems: der Entwaffnung.

Denn so innovativ und logisch die Argumentation von 1995 war, so traurig ist die Erkenntnis, daß Logik in der Politik nicht immer entscheidend ist - leider. Es sind zahlreiche Fortschritte erzielt worden, aber Nordirland steht erneut vor der Frage der "vorherigen Entwaffnung". Noch immer weigern sich die paramilitärischen Gruppen, ihre Waffen abzugeben. Vorher aber will der designierte Premierminister David Trimble keine Sinn Fein-Vertreter in seinem Kabinett zulassen. Premierminister Blair hat vor einigen Tagen eine Frist bis zum Ende dieses Monats gesetzt. Wollen wir hoffen, daß diese Frist gewahrt wird.

Noch ist der Friedensprozeß fragil, immer wieder drohen Rückschläge. Vor der protestantischen Kirche im Ortsteil Stormont von Ulster steht ein Schild, das die Gefühle in Belfast so zusammenfaßt: "Herr, gib uns Geduld - aber beeile Dich."

Aber auch wenn der Friedensprozeß einmal mehr in einer schwierigen Phase ist, so ist er dennoch politische Realität für die Menschen in Nordirland. Als am Karfreitag des vergangenen Jahres nach langen und schwierigen Verhandlungen ein Abkommen unterzeichnet wurde, brach für Nordirland eine neue Zeitrechnung an. Nordirland lebt heute im Jahre Zwei des Friedens. Noch ist es ein bewaffneter Friede, aber das ist ein großer Fortschritt gegenüber der vorherigen Situation. Das Abkommen gibt gute Chancen, zur Grundlage einer wirklich dauerhaften Friedensordnung zu werden, denn es ist fair und wird beiden Seiten gerecht.

Die Vorsitzenden der beiden großen Parteien, David Trimble und John Hume, haben dafür den Friedensnobelpreis erhalten. John Hume hatte ja schon 1995 den Hessischen Friedenspreis erhalten, der heute Ihnen, Senator Mitchell, verliehen wird.

In meinen Augen zeugt es übrigens von wirklicher Weitsicht des Kuratoriums, daß es schon im Jahr 1995 die Aufmerksamkeit auf Nordirland lenkte. Vor allem anderen aber hat das Karfreitagsabkommen die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Menschen in Nord und Süd. Mit einer Mehrheit von 81 % hat die Bevölkerung dem Abkommen zugestimmt, das zeigt deutlicher als alles andere, wie sehr sich die Menschen nach einem normalen Leben sehnen, in Frieden und ohne die Angst, die so lange allgegenwärtig war in Ulster.

Meine Damen und Herren, lieber Senator Mitchell! Ihre Leistungen im nordirischen Friedensprozeß sprechen für sich selbst. Der Mensch George Mitchell hat sich mit ganzem Herzen den Menschen in Nordirland und ihrer Zukunft gewidmet - und dies trotz zum Teil äußerst schwieriger Umstände. Daß Sie stets Ihren Optimismus bewahrten, war manchmal wohl auch eher Ihrem Pflichtgefühl als tiefer Überzeugung geschuldet. Aber dennoch: Sie strahlten Zuversicht auch dann aus, wenn die Verhandlungen verfahren, die Teilnehmer beleidigt und zerstritten waren und die Situation nach menschlichem Ermessen eigentlich aussichtslos war. Auch das war ein wertvoller Beitrag zum Frieden.

Die Welt ist leider nach wie vor alles andere als friedlich. Die historische Wende 1989 und das Ende der Ost-West-Konfrontation haben die Gefahr eines neuen Weltbrandes zwar gebannt. Aber an ihre Stelle sind regionale Auseinandersetzungen getreten: Bosnien - Kosovo - Kaukasus - Ruanda - Burundi und anderswo. Dabei hatte die ganze Welt doch auf eine friedlichere Entwicklung gewartet. Es bleibt der Nahostkonflikt, es bleiben zu viele Brandherde auf dieser Welt. Hauptproblem sind inzwischen die zunehmenden innerstaatlichen, die Gruppenkonflikte. Immerhin laufen zur Zeit 16 VN-Friedensmissionen und 17 Missionen der OSZE.

Neue Bedrohungen unserer Sicherheit kommen hinzu: Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Drogen, Umweltzerstörung, massive Menschenrechtsverletzungen, ein drohender Kampf der Kulturen. All das macht an keiner Grenze halt, und niemand soll glauben, wir könnten auf Dauer auf einer Insel der Glückseligen überleben.

Wenn wir die Probleme nicht dort lösen, wo es sie gibt, kommen sie zu uns.

Denken Sie nur an die schreckliche Flüchtlingsbewegung im Kosovo. Das Kosovo-Problem und das Nordirland-Problem haben leider mehr Gemeinsames als es zunächst der Fall zu sein scheint: Im Kosovo die Eruption eines seit Jahrhunderten schwelenden Hasses. In Ulster, das bangt und wartet, kein Vergleich zur "ethnischen Säuberung" im Kosovo, aber die Verknäulung in tödlichem Haß des katholischen und protestantischen Bevölkerungsteils.

Die Fakten sind, wie sie sind - die Welt erwartet von uns, daß wir ihnen gerecht werden. Also ist es notwendig, sich weltweit - oft in Sisyphosarbeit - um Frieden zu bemühen.

Liebe Frau Mitchell, Frieden wird von Menschen gestaltet. Ihr Mann hat in großer Offenheit darüber geschrieben, wie schwierig es war, über drei Jahre lang Höhen und Tiefen auf verschiedenen Seiten des Atlantiks zu verbringen. Und Ihre Unterstützung und Ermutigung war ihm stets eine große Hilfe. Ich glaube deshalb, daß Sie gewichtigen Anteil am Erfolg des Friedensprozesses haben.

Die Familie bedeutet Ihnen, lieber Senator, viel - sehr viel. Daß auch Ihre Schwester heute hier bei uns ist, bezeugt dies. Ich glaube, und das ist meine sehr persönliche Meinung, daß das Wissen um den Wert der Familie die Arbeit für den Frieden mit einem noch tieferen Sinn versieht. Denn daß der Friede in erster Linie den Kindern, der Zukunft also, zugute kommen soll, liegt in der Natur jedes Friedensschlusses. Die Zukunft für unsere Kinder und Enkel lebenswert zu machen, ist eine Aufgabe, der sich der Mensch und der Politiker George Mitchell verschrieben hat.

Lieber Senator Mitchell, der Hessische Friedenspreis zeichnet Menschen aus, die sich für die Völkerverständigung und für den Frieden verdient gemacht haben. Das trifft auf Sie zu. Ich gratuliere Ihnen.

Senator George J. Mitchell

Konflikte werden von Menschen verursacht und am Leben erhalten, sie können auch von Menschen beendet werden

Es ist eine Ehre für mich, mit dem Hessischen Friedenspreis ausgezeichnet zu werden. Der Preis ist eine Anerkennung für die historische Dimension des Karfreitags-Friedensabkommens für Nordirland. Dafür bin ich besonders dankbar.

Das Abkommen war ein historischer Schritt nach vorne, aber es garantiert für sich alleine noch keinen dauerhaften Frieden, politische Stabilität oder Versöhnung. Es schafft für all dieses die Voraussetzungen, aber es werden noch lange enorme Anstrengungen und der gute Wille der Beteiligten nötig sein, um diese Ziele zu erreichen.

Ich glaube, daß das Abkommen Bestand haben wird, weil es fair und ausgewogen ist. Es schreibt die Verwendung ausschließlich demokratischer und friedlicher Mittel zur Konfliktlösung vor und verpflichtet alle Parteien zur völligen Entwaffnung der paramilitärischen Organisationen. Es macht deutlich, wie wichtig gegenseitiger Respekt und Toleranz zwischen den beiden Volksgruppen sind. Es basiert auf dem Grundsatz, daß die Zukunft Nordirlands von den Menschen in Nordirland selbst entschieden werden sollte. Es beinhaltet Änderungen der Verfassungen der Republik Irland und des Ver-

einigten Königreiches. Es schafft neue demokratische Institutionen, um eine Selbstverwaltung Nordirlands möglich zu machen, und um die Zusammenarbeit zwischen dem Norden und dem Süden zu fördern, von der beide nur profitieren können. Es erteilt der Anwendung oder Androhung von Gewalt zu politischen Zwecken eine ausdrückliche Absage.

Was für das Überleben des Abkommens vielleicht am wichtigsten ist: Es wurde vom irischen Volk, im Norden wie im Süden, mit überwältigender Mehrheit in einem freien und demokratischen Volksentscheid gebilligt. In dieser ersten gesamtirischen Abstimmung seit achtzig Jahren, stimmten 71% der Wähler im Norden und 95% der Wähler im Süden für das Abkommen. Das irische Volk hat ein deutliches Signal gesendet. Es hat den politisch Verantwortlichen eindrucksvoll klargemacht, daß die Bevölkerung Frieden will und daß sie das Abkommen als den Weg hin zu diesem Frieden unterstützt.

Viele fragen nun, ob man die Lektionen aus dem Nordirland-Konflikt für die Lösung anderer Konflikte verwenden kann.

Wir müssen diese Frage zurückhaltend beantworten. Jeder Mensch ist einzigartig, genau wie jede Gesellschaft auch. Daraus folgt logisch, daß keine Konflikte genau deckungsgleich sind. So sehr wie wir es uns auch wünschen mögen, es gibt kein Allheilmittel, mit dem man alle Konflikte beenden kann, wenn man es erst einmal entdeckt hat.

Dennoch bin ich durch meine Erfahrungen in Nordirland zu der Einsicht gekommen, daß einige Prinzipien allgemeingültig sind. Zunächst einmal glaube ich nicht, daß es so etwas gibt wie einen unlösbaren Konflikt. Konflikte werden von Menschen verursacht und am Leben erhalten. Sie können auch durch Menschen beendet werden. Wie lange ein Konflikt auch zurückreichen mag, wieviel Haß er auch gesät haben mag, wieviel Schmerz er auch verursacht haben mag - der Friede kann obsiegen.

Als ich nach Nordirland kam, bemerkte ich, was mich beunruhigte, ein starkes pessimistisches Gefühl, das sich in der Öffentlichkeit und unter den politisch Verantwortlichen breit gemacht hatte. Nordirland ist eine kleine, gut informierte Gesellschaft, und es dauerte nicht lange, bis die Leute wußten, wer ich war. Jeden Tag hielten mich Menschen auf der Straße, am Flughafen oder im Restaurant an. Sie begannen immer mit einigen freundlichen Worten: "Vielen Dank, Herr Senator.", "Gott schütze Sie.", "Wir wissen es zu schätzen, was Sie erreichen wollen." Am Ende kam aber immer ihre Verzweiflung durch: "Sie verschwenden Ihre Zeit.", "Dieser Konflikt ist nicht zu lösen.", "Wir bringen uns schon seit Jahrhunderten gegenseitig um, und wir sind dazu verdammt, uns bis in alle Ewigkeit weiter gegenseitig umzubringen."

So gut ich konnte, versuchte ich, diese Einstellungen zu verändern. Dies ist die besondere Verantwortung, die Politiker haben, denn viele Menschen erwarten eine solche Orientierungshilfe von ihnen. Wenn man eine führende Position bekleidet, muß man andere führen. Eine Möglichkeit, Führung zu zeigen, ist es, eine positive, erfolgsorientierte Haltung vorzuleben, die Überzeugung zu verbreiten, daß Probleme gelöst werden können, daß die Situation verbessert werden kann. Naivität oder mangelnder Realismus helfen dabei nicht weiter. Den Menschen muß vielmehr Hoffnung und Zuversicht vermittelt werden.

Zweitens darf man, wenn man eine klare und entschlossene Politik verfolgt, nicht vor denjenigen zurückweichen, die Gewalt anwenden. Immer wieder haben die Befürworter von Gewalt versucht, den Friedensprozeß in Nordirland zu zerstören. Ein paar mal hätten sie es beinahe geschafft.

Im letzten Juli verbrannten drei kleine katholische Jungen nach einem Anschlag in ihren Betten. Im August tötete eine verheerende Bombe in Omagh 29 Menschen und verletzte 300, Protestanten wie Katholiken. Aus diesen Taten sprachen entsetzliche Ignoranz und furchtbarer Haß. Sie sind ohne wenn und aber zu verurteilen. Wenn jedoch der Versuchung nachgegeben worden wäre, Vergeltung zu üben, hätten die Verbrecher genau das bekommen, was sie wollten: eine Spirale der Gewalt zwischen beiden Seiten und das Ende des Friedensprozesses. Die richtige Antwort für solche Greueltaten ist, die für das Verbrechen Verantwortlichen so schnell wie möglich vor Gericht zu bringen und den Friedensprozeß fortzusetzen.

Will man Konflikte beenden helfen, kann man es sich nicht leisten, ängstlich oder zögerlich zu sein. Ein solcher Einsatz erfordert Mut, Ausdauer und gute Nerven angesichts möglicher Gewaltanwendung. Ich halte es für einen Fehler, im vorhinein zu verkünden, daß Verhandlungen abgebrochen wer-

den, wenn Gewalttaten verübt werden. Dadurch geht das Gesetz des Handelns von der friedlichen Mehrheit auf die gewalttätige Minderheit über.

Eine dritte wesentliche Voraussetzung ist die Kompromißbereitschaft. Frieden und politische Stabilität können in tief gespaltenen Gesellschaften nur dann erreicht werden, wenn beide Seiten ernsthaft bereit sind, die Meinung der Gegenseite zu verstehen und Kompromisse zu schließen. Das läßt sich leicht sagen, ist aber schwer zu verwirklichen, denn es verlangt von den verantwortlichen Politikern, für den Frieden Risiken einzugehen.

Die meisten Politiker gehen nicht gerne Risiken ein, egal welcher Art. Die meisten kommen durch Risikovermeidung überhaupt erst in ihre Führungsposition. Unter extrem schwierigen und gefährlichen Umständen Kühnheit von ihnen zu verlangen, ist keine Kleinigkeit. Aber wir müssen es von ihnen verlangen, und sie müssen reagieren, wenn es überhaupt Hoffnung auf Frieden geben soll. Ich weiß, daß es möglich ist, denn ich habe es in Nordirland direkt miterlebt. Männer und Frauen, von denen einige sich nie zuvor gesehen oder gesprochen hatten, die ihr ganzes Leben in Konflikt miteinander gelebt hatten, gingen aufeinander zu, um ein Friedensabkommen zu schließen. Zugegeben, es war ein langer und schwieriger Prozeß. Aber er war erfolgreich. Und wenn dies dort möglich war, kann es auch woanders möglich werden.

Ein viertes Prinzip ist die Einsicht, daß die Umsetzung von Abkommen genauso schwierig und genauso wichtig ist wie das Zustandekommen der Verträge selbst. Das sollte jedem sofort einleuchten, aber häufig ist es so schwer, ein Abkommen zustandezubringen, daß die Beteiligten naturgemäß dazu neigen, das Erreichte zu feiern und sich dann anderen Dingen zuzuwenden. Aber wie wir jetzt gerade in Nordirland, im Nahen Osten und im Balkan sehen können, ist es oft schwieriger, etwas in die Tat umzusetzen als sich vorher darauf zu verständigen.

Ein letzter Aspekt, der mir so wichtig erscheint, daß er über die Problematik eines offenen Konfliktes hinausgeht. Ich kann mich noch genau an meinen ersten Tag in Nordirland vor fast vier Jahren erinnern. Ich sah damals zum ersten Mal die riesige Mauer, die die beiden Volksgruppen in Belfast physisch voneinander trennt. Zehn Meter hoch, an einigen Punkten noch mit Stacheldraht obendrauf. Diese Mauer ist ein häßlicher Zeuge der Intensität und der Dauer des Konflikts. Ironischerweise wird sie als 'Die Friedenslinie' bezeichnet.

An diesem ersten Morgen traf ich mich mit Katholiken auf ihrer Seite der Mauer, nachmittags dann mit Protestanten auf deren Seite. Was die beiden Gruppen sagten, war vorher nicht miteinander abgesprochen, aber es war das gleiche: Sie erzählten mir, daß es in Belfast einen engen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Gewalt gäbe. Sie sagten, daß da, wo Männer und Frauen keine Chance, keine Hoffnung hätten, sie eher den Weg der Gewalt einschlügen.

Als ich dort saß und ihnen zuhörte, dachte ich, ich könnte genauso gut in Chicago, Kalkutta oder im Nahen Osten sein. Überall ist die Verzweiflung der Nährboden für Instabilität und Konflikt. Für Frieden und Stabilität ist Hoffnung unverzichtbar. Überall brauchen Männer und Frauen ein Einkommen, um ihre Familien zu ernähren, und sie brauchen das befriedigende Gefühl, etwas Lohnendes und Sinnvolles mit ihrem Leben zu machen.

Der Konflikt in Nordirland dreht sich nicht ausschließlich oder nicht einmal hauptsächlich um ökonomische Aspekte. Er hat mit Religion und nationaler Identität zu tun: Die Mehrheit identifiziert sich mit dem Vereinigten Königreich und will Teil dieses Staates bleiben; die Minderheit identifiziert sich mit der Republik Irland und will in einem vereinigten Irland leben. Das Karfreitags-Abkommen erkennt beide Bestrebungen als legitim an. Und es schafft die Möglichkeit, daß wirtschaftlicher Wohlstand sich sowohl aus einem dauerhaften Frieden ergeben wird als auch, daß er zu diesem Frieden beiträgt.

Meine größte Hoffnung ist, daß in den Geschichtsbüchern stehen wird, daß die "Troubles" (der Nordirland-Konflikt) am 15. August letzten Jahres in Omagh endeten, daß die Bombe, die die Ruhe dieses warmen Sommernachmittags zerfetzte, die letzte Zuckung eines langen und gewalttätigen Konfliktes war. Die Toten und die Zerstörung dieses Tages warfen ein Schlaglicht auf die völlige Sinnlosigkeit der Anwendung von Gewalt als Mittel zur Lösung der politischen Probleme Nordirlands. Gewalt wird kein Problem lösen. Sie wird alles nur schlimmer machen.

Als wir um ca. sechs Uhr am Abend des 10. April das Abkommen unter Dach und Fach hatten, hatten wir fast zwei Jahre Verhandlungen und ungefähr 40 Stunden ununterbrochener Gespräche hinter uns. Wir waren in Hochstimmung, aber erschöpft. In meinem Schlußwort an die Delegierten sagte ich ihnen, daß das Abkommen für mich die Erfüllung eines Traums bedeutete, an dem ich mich dreieinhalb Jahre, die längsten, schwersten Jahre meines Lebens, aufrichten konnte. Jetzt, sagte ich, habe ich einen neuen Traum. Ich möchte in einigen Jahren mit meinem kleinen Sohn nach Nordirland zurückkehren. Dann werden wir im Land umherstreifen und genießen, was es an Schönem zu bieten hat. Und dann, an einem regnerischen Nachmittag, werden wir nach Stormont fahren und uns still und leise auf die Besuchertribüne des nordirischen Parlaments setzen.

Dort werden wir zuschauen und zuhören, wie die Abgeordneten über die alltäglichen Dinge des Lebens in einer demokratischen Gesellschaft debattieren - Bildung, Gesundheitswesen, Tourismus, Kultur. Niemand wird über Krieg sprechen, denn der Krieg wird schon lange vorbei sein. Niemand wird über Frieden sprechen, denn der Friede wird etwas Selbstverständliches geworden sein. An diesem Tag, der Tag, an dem der Friede in Nordirland als etwas Selbstverständliches betrachtet wird, wird meine Hoffnung erfüllt sein und friedliebende Menschen in aller Welt werden sich freuen.